Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 14 (2003)

Artikel: "Schule im Netz" aus bildungspolitischer Sicht
Autor: Ambühl, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-832953

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«SCHULE IM NETZ» AUS BILDUNGSPOLITISCHER SICHT

Hans Ambühl

Diskussionen um die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) in den Schulunterricht sind nicht neu: Bereits in den Achtzigerjahren befassten sich Arbeitsgruppen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) auf gesamtschweizerischer Ebene mit diesem Thema. Und schon damals gab es auch vehemente Kritiker, die vor allem die Gefahren einer von Technokraten und Computern beherrschten Schule heraufbeschworen. Mittlerweile ist diese grundsätzliche Kritik – nicht gänzlich, aber doch weitgehend – verstummt. ICT sind eine gesellschaftliche Realität, und wenn die Schule ihren Bildungsauftrag ernst nimmt, darf sie sich nicht dagegen abgrenzen.

Für die Kantone stellt sich nicht mehr die Frage, *ob* ICT in den Schulunterricht integriert werden sollen, sondern *wie* dies am besten zu geschehen hat, und wie die vorhandenen Mittel optimal eingesetzt werden können, um günstige Bedingungen dafür zu schaffen. Ein Einbezug der ICT bietet die Chance, bei den Schülerinnen und Schülern eine realistische und kritische Haltung gegenüber diesen Medien zu entwickeln und soziale, ethische und rechtliche Aspekte in den Unterricht einzubeziehen (z.B. Umgang mit unerwünschten – wie rassistischen oder pornographischen – Inhalten im Internet, Fragen der Seriosität und Qualität von Informationen, rechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem Herunterladen und der Weiterverwendung von Bildern oder Musik usw.).

In diesem Artikel soll jedoch nicht weiter auf die pädagogischen Aspekte und die Chancen und Risiken einer «Schule im Netz» eingegangen werden – dies geschieht an anderer Stelle im vorliegenden Heft –, sondern es soll versucht werden, einen Überblick über die bildungspolitischen Elemente zu geben und sie in einen Gesamtzusammenhang zu stellen.

PPP-SiN als Teil der Strategie der Kantone

Die EDK definiert in ihrem Tätigkeitsprogramm[1] die Integration der ICT als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte. Die Initiative «Public Private Partnership – Schule im Netz» (PPP-SiN) stellt einen Bestandteil dar in der Strategie

der Kantone bei dieser Integration der ICT. Sie gliedert sich in einen Prozess ein, der schon lange vorher begonnen hat und auch nachher weitergeführt werden muss. Die Initiative bildet eine willkommene Unterstützung der Anstrengungen der Kantone und hat zusätzlichen Schwung in den Prozess gebracht. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand (Kantone, Bund) und Privatwirtschaft ist für das Bildungswesen modellhaft.

Die einzelnen Partner haben dabei je eine bestimmte Rolle:

- Die Kantone als für das Bildungswesen (abgesehen von der Berufsbildung) zuständige Instanzen sind verantwortlich für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, für den Einbezug der ICT und der Medien in die Lehrpläne, und damit letztlich für die konkrete Umsetzung. Sie tragen zusammen mit den Gemeinden auch den grössten Teil der finanziellen Aufwendungen. Die EDK koordiniert die Massnahmen der Kantone.

- Der Bund unterstützt im Rahmen des *Bundesgesetzes über die Förderung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Schulen*[2] vom 14. Dezember 2001 die Massnahmen der Kantone zur Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen und beteiligt sich an der Finanzierung der Schweizerischen Fachstelle für Informationstechnologien im Bildungswesen (SFIB) und des Schweizerischen Bildungsservers.

- Die Partner aus der Privatwirtschaft bieten den Schulen günstige Rahmenbedingungen im Bereich Infrastruktur an (Hard- und Software, Internetzugang).

Die Stossrichtung der Initiative deckt sich mit den Prioritäten, die die EDK im Juni 2000 in ihrer Erklärung[3] zu den Informations- und Kommunikationstechnologien im Bildungswesen festgelegt hat. Darin wurden folgende Schwerpunkte für die interkantonale Zusammenarbeit und Koordination genannt:

- Einbezug der ICT in die Lehrpläne und Koordination zwischen den verschiedenen Schulstufen

- Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen

- Entwicklung von Inhalten (Content)

- Einsatz für günstige Rahmenbedingungen (Hard- und Software, Internet-Zugang)

Koordination durch die Task Force «ICT und Bildung» und die SFIB

Eine nationale Task Force «ICT und Bildung» koordiniert auf strategischer Ebene die Arbeiten unter den beteiligten Partnern (Kantone, Bund, Dachverbände der Lehrpersonen). Diese Task Force wurde im Jahr 2000 auf Initiative des Generalsekretariats EDK gegründet. Ihr gehören Vertretungen des Generalsekretariats EDK, der betroffenen Bundesämter (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft BBW, Bundesamt für Statistik BFS, Bundesamt für Kommunikation BAKOM), der Dachverbände der Lehrpersonen (LCH und SER), des Schweizerischen Verbandes der Informatikorganisationen SVI und der SFIB an. Bereits seit mehr als zehn Jahren erfüllt die SFIB[4] im gemeinsamen Auftrag der EDK und des Bundes in diesem Bereich wichtige Koordinationsaufgaben.

Im Folgenden soll nun näher auf die einzelnen Elemente der Gesamtstrategie eingegangen werden.

Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen in ICT

Der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen kommt eine Schlüsselrolle bei der Integration der ICT in den Unterricht zu. Im Auftrag der Task Force erarbeitete die SFIB einen *Aktionsplan Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen in ICT*[5]. Dieser Aktionsplan wurde im Juni 2001 von der EDK gutgeheissen und bildet die Leitlinie für die Massnahmen der Kantone in diesem Bereich. Er enthält folgende Schwerpunkte:

- Ausbildung von Ausbildenden für Lehrpersonen (also von Personen, die in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung tätig sind)

- Förderung der regionalen Zusammenarbeit

- Förderung innovativer Projekte

- Ausarbeitung von Empfehlungen für die Ausbildung der Lehrpersonen in ICT

Empfehlungen für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen in ICT

Ein von einer Expertengruppe ausgearbeiteter Entwurf für *Empfehlungen für die Grundausbildung und Weiterbildung der Lehrpersonen an der Volksschule und der Sekundarstufe II im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien ICT* stiess im Rahmen der Vernehmlassung bei den Kantonen und den Pädagogischen Hochschulen überwiegend auf Zustimmung. Die Empfehlungen wurden aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung überarbeitet und sollen demnächst von der EDK verabschiedet werden.

Kernpunkte der Empfehlungen sind die Forderungen,

- die Ausbildung der Lehrpersonen in ICT in den übergeordneten Rahmen der Medienpädagogik zu integrieren,

- jede Lehrperson im Rahmen ihrer Aus- und Weiterbildung zu befähigen und zu motivieren, die ICT sachgerecht und sinnvoll in ihrem Unterricht zu verwenden,

- Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Lehrpersonen in pädagogischen und in technischen Fragen optimal zu unterstützen.

Eine wichtige Rolle bei der Erreichung der genannten Ziele spielen die Pädagogischen Hochschulen: Von ihnen wird verlangt, dass sie die Grundausbildung und Weiterbildung in ICT in ihre Curricula integrieren.

Ausbildung von Ausbildenden für Lehrpersonen

Gemäss Aktionsplan kommt der Ausbildung von Ausbildenden (Multiplikatoren) eine besondere Bedeutung zu. Dazu laufen verschiedene Projekte, an denen jeweils mehrere Kantone beteiligt sind und die durch den Bund auf der Grundlage des *Bundesgesetzes über die Förderung der Nutzung*

von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Schulen unterstützt werden.

Parallel dazu laufen bei der EDK Arbeiten für eine gesamtschweizerische Zertifizierung solcher Zusatzausbildungen. Dazu gehört die Erarbeitung eines Profils, das die Inhalte und Rahmenbedingungen (z.B. Zulassungsvoraussetzungen) für diese Ausbildungen umschreibt.

Interkantonale Koordinationsstelle

Die EDK hat beschlossen, eine interkantonale Koordinationsstelle für die Projekte und Massnahmen im Rahmen des Bundesgesetzes zu schaffen. Sie ist bei der SFIB angesiedelt und unterstützt die Arbeit der Projektstelle beim BBT.

Die Koordinationsstelle ist seit Mai 2003 operationell, sie hat folgende Aufgaben:

- Pädagogisch-inhaltliche Begleitung der Projekte: Hilfe bei der Erarbeitung und Umsetzung der Projekte und Konzepte, Umsetzung des Aktionsplans, Aufzeigen von möglichen Synergien und vorhandenen Lücken.
- Informationsaustausch: Unterstützung und Förderung des Informationsaustausches unter den kantonalen und interkantonalen Projektverantwortlichen, Sicherung, Aufbereitung und Zugänglichmachen von Erfahrungen, Ergebnissen und Materialien aus den Projekten.

Der Schweizerische Bildungsserver

Im Juni 2000 hat die EDK dem Konzept für einen gemeinsam mit dem Bund zu finanzierenden Schweizerischen Bildungsserver zugestimmt. Der Bildungsserver ist in erster Linie als Portal und Informationsplattform konzipiert, er erschliesst für das Bildungswesen relevante Inhalte.

Im November 2001 konnte der Bildungsserver[6] nach einer Testphase offiziell dreisprachig online gehen, realisiert wurde er durch die SFIB. Seither sind die Benutzerzahlen stetig gestiegen, und der Server ist zu einem wichtigen Koordinationsinstrument geworden.

Auf ein besonders grosses Interesse stösst das Modul «educanet», eine Arbeits- und Kommunikationsplattform, die von Arbeitsgruppen und Schulklassen rege genutzt wird.

Im Juni 2002 stimmte die EDK dem Konzept und der Finanzierung für die Betriebsphase ab 2003 zu; unter anderem ist geplant, den Server um ein E-Learning-Modul zu erweitern. In diesem Modul sollen Werkzeuge zur Entwicklung von elektronischen Lernsequenzen zur Verfügung gestellt werden.

Entwicklung von Inhalten (Content)

Ein aktuelles Thema von gesamtschweizerischer Bedeutung ist die Bereitstellung von Inhalten (Content) für den Unterricht. Die Task Force «ICT und Bildung» hat hiezu – wie vor zwei Jahren zur Förderung der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen – die Ausarbeitung eines Aktionsplans in Auftrag gegeben, der mögliche Massnahmen aufzeigen soll. Der Aktionsplan wurde von der Task Force diskutiert, und es wurden Prioritäten für das weitere Vorgehen festgelegt. Es wird darum gehen,

- die Bedürfnisse noch genauer zu klären,
- vorhandenen Content zu erschliessen,
- neuen Content zu schaffen,
- Kooperationen mit und unter wichtigen Contentanbietern (z.B. Lehrmittelverlagen) zu initiieren.

Dazu werden auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen.

Fazit und Ausblick

Die Umsetzung der genannten Massnahmen wird weiterhin grosse Anstrengungen aller Beteiligten erfordern. Die im Rahmen von PPP-SiN eingegangene Partnerschaft zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft sollte dafür günstige Voraussetzungen schaffen. Der Bund hat seine im Rahmen der Initiative zur Verfügung stehenden Mittel jedoch bereits um einen

Viertel (von 100 auf 74,4 Millionen Franken) gekürzt, im Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm beantragt der Bundesrat eine weitere Kürzung auf 45,4 Millionen Franken; die Spezialkommissionen des National- und Ständerats wollen sogar von den ursprünglichen 100 nur noch 34,4 Mio. Fr., also rund ein Drittel, übriglassen. Obschon die hauptsächliche Finanzierung durch die Kantone und die Gemeinden erfolgt, nehmen solche massiven Kürzungen der Initiative PPP-SiN den Schwung. Die Bedingungen für die Realisierung von kantons- oder regionenübergreifenden Projekten, die mit den Bundesmitteln vor allem gezielt gefördert werden sollten, werden schwieriger.

---

1 www.edk.ch/PDF_Downloads/LLTG/TGP_d.pdf

2 www.admin.ch/ch/d/as/2002/1898.pdf

3 http://edkwww.unibe.ch/PDF_Downloads/Empfehlungen/Deutsch/20000608IKT_d.pdf

4 www.sfib.ch

5 www.sfib-ctie.ch/files/aktionsplan/Aktionsplan.pdf

6 www.educa.ch